

Vera Lengsfeld zum Antifa-Tatort

Wenn man den Medienhype um den zweiten Hamburger Tatort „Feuerteufel“ verfolgt, wo viel über die Beziehung Till Schweiger- Wotan Wilke Möhring die Rede ist, bis hin zum gemeinsamen Toilettengang auf dem Bildschirm, fragt man sich unwillkürlich, ob unsere Meinungsmacher noch ganz dicht sind. Statt Analysen oberflächliches Geplapper im Boulevard- Stil. So weit, so öde, wenn mit diesem Film nicht eine Botschaft verbreitet worden wäre, die nichts Gutes für die Zukunft unserer Rechtsstaatlichkeit ahnen lässt. Abgesehen davon, dass die Grundidee des Drehbuchs von einer Stubbe- Folge, die zudem auch noch in Hamburg spielt, recycelt, oder sollte man besser sagen, geklaut, wurde, bekommt der Zuschauer ein links- grün- alternatives Weltbild serviert, dass einem kalte Schauer über den Rücken jagt... *(Fortsetzung bei der Achse!)*

FAZ, Welt und taz ohne Platz im NSU-Theater

Erst haben die Qualitätsjournalisten wochenlang herumgejammert, daß die Türken keinen Platz im NSU-Prozeß gekriegt haben. Dann haben die geklagt. Karlsruhe hat statt Windhundverfahren ein Losverfahren angeregt, und bei dem sind „FAZ“, „Welt“ und „taz“ rausgefallen. Jetzt wollen die klagen. Und das Affentheater geht weiter! Blamiert ist jetzt auch Karlsruhe – hätten sie ihre Griffel herausgelassen!



Der 5. Mai – ein großer Sieg für die Salafisten?



Am 5. Mai 2012 haben Salafisten in Bonn am Rande einer friedlichen Pro NRW-Veranstaltung unsere Polizei angegriffen (Foto). 29 Polizisten wurden verletzt, zwei davon so schwer, dass sie notoperiert werden mussten – das war die Bilanz einer der brutalsten Straßenschlachten in der Geschichte unseres Landes. Aber zum ersten Jahrestag dieser Krawalle stellt sich die Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa nicht zu ihren angegriffenen Polizisten, sondern gegen Pro NRW. So, wie sich die Dinge in Bonn entwickeln, sieht es mehr und mehr danach aus, dass die Salafisten am 5. Mai 2013 einen großen Sieg werden feiern können.

(Von Peter H., Mönchengladbach)

Die Bonner Polizeipräsidentin, Ursula Brohl-Sowa, begrüßt den friedlichen Protest des bürgerlichen Bündnisses als Mittel der demokratischen Auseinandersetzung. „Es ist beabsichtigt, die demonstrativen Aktionen nach Gesprächen mit den Anmeldern zu bestätigen. Wir haben auch ein Verbot der Kundgebung von PRO NRW auf dem Theaterplatz in Bad Godesberg rechtlich intensiv geprüft. Es ist jedoch nicht begründbar. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit hat einen hohen Stellenwert. Die Rolle der Polizei orientiert sich an Recht und Gesetz. Wir haben rechtmäßige Versammlungen und die Aufzüge zu schützen und für einen störungsfreien Verlauf zu sorgen auch wenn man sie persönlich ablehnt“, so Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa.

Das ist ein Auszug aus einer Presse-Meldung der Bonner Polizei vom 25. April. Dass Frau Brohl-Sowa ein bereits angekündigtes Niederbrüllen eines politischen Gegners als „Mittel der demokratischen Auseinandersetzung“ bezeichnet, wirft die Frage nach ihrem Demokratieverständnis auf. Wirklich befremdlich jedoch ist ihre Aussage, die Polizei müsse rechtmäßige Versammlungen auch dann schützen, „wenn man sie persönlich ablehnt“.

Natürlich ist es Brohl-Sowa unbenommen, die Veranstaltungen von Pro NRW abzulehnen. Auch der Autor betont ja gerne, dass es jedem selbst überlassen sein möge, wie er zu Pro NRW stehen will. Aber gerade deswegen sollte es eine Polizeipräsidentin ihren Polizistinnen und Polizisten doch bitteschön selber überlassen, sich ihre eigene Meinung zu Pro NRW zu bilden. Und keine Formulierungen benutzen, die sich so lesen, als würde sie ihren Polizisten befehlen, wie sie Pro NRW zu sehen haben. Polizisten sind Polizisten, aber keine Erfüllungsgehilfen irgendwelcher linkspopulistischer Politiker.

Da liest sich das, was Polizeidirektor Hans-Willi Kernbach, Einsatzführer der Bonner Polizei, zu sagen hat, glücklicherweise schon ganz anders:

„Auch wenn derzeit keine konkreten Hinweise auf Aktionen gewaltbereiter Salafisten vorliegen, bereiten wir uns intensiv auf den Einsatz vor und werden dabei durch den Ständigen Stab der Polizei Köln unterstützt. Gewalttätigkeiten, wie wir sie im letzten Jahr erlebt haben, werden wir nicht zulassen. Wir werden alles dafür tun, dass die Bevölkerung und unsere eingesetzten Beamtinnen und Beamten vor Gewalt und Randale geschützt werden, so wie bei der PRO NRW Kundgebung am 29. September 2012. Friedliche und gewaltfreie Aktionen von Meinungsgegnern werden wir solange dulden, wie sie nicht die Grundrechte anderer unverhältnismäßig beeinträchtigen. Wir setzen weiter auf Transparenz. Deswegen haben wir die Öffentlichkeit frühzeitig über die Kundgebung von PRO NRW in Kenntnis gesetzt. Wir werden in den nächsten Tagen über unsere Maßnahmen und unvermeidbare Beeinträchtigungen informieren, damit sich Betroffene darauf einstellen können.“

Natürlich ist das Gewaltpotential bei Linken und Salafisten im Vorfeld öffentlicher Veranstaltungen immer unkalkulierbar. Ganz besonders bei Jünglingen Allahs, die, wenn sie den Islam „beleidigt“ sehen, nicht einmal Hemmungen haben, gehbehinderte Frauen brutal anzugreifen, muss man jederzeit mit allem rechnen. Somit handeln Herr Kernenbach und seine Kollegen völlig richtig, wenn sie sich im Vorfeld dieses Jahrestages auf mögliche neue Salafisten-Gewalt vorbereiten. Trotzdem gibt es keinen zwingenden Grund, von neuer Salafisten-Gewalt auszugehen.

Würde neue Gewalt für die Salafisten einen Sinn ergeben?

Die Salafisten haben am 5. Mai 2012 Bonner Polizisten angegriffen, weil sie die „Ehre“ ihres „Propheten“ verteidigen wollten. Pro NRW-Mitglieder haben eine Mohammed-Karikatur öffentlich gezeigt, Polizisten haben das im Sinne der Meinungsfreiheit geschützt – nach salafistischer Lesart ein Vorgang, der selbst die Tötung der Polizisten gerechtfertigt

hätte. Damit war die Forderung der Salafisten klar: keine Mohammed-Karikaturen – sonst werden Polizisten getötet! Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat mit seinen wiederholten Versuchen, Pro NRW das Zeigen dieser Karikatur zu untersagen, diese Forderung der Salafisten stets erfüllt. Damit, dass die Bonner Polizeiführung am 29. September 2012 ebenfalls versucht hat, Pro NRW das Zeigen dieser Karikatur zu untersagen, hat sich auch die Bonner Polizei dieser Forderung gebeugt. Und damit, dass Pro NRW, um nicht zu provozieren, am nächsten Sonntag diese Karikatur nicht mehr zeigen will, hat inzwischen selbst Pro NRW die Forderung der Salafisten erfüllt. Warum also sollten Salafisten, wenn ihre wichtigste Forderung von allen Beteiligten erfüllt wurde, sich gar die Polizei ihnen gebeugt hat, erneut Gewalt anwenden?

Hinzu kommt, dass kaum einer der Salafisten, die am 5. Mai 2012 die Polizei auf höchst brutale Art angegriffen haben, ernsthaft bestraft wurde. Der „deutsche Löwe“ Murat K., der drei Polizisten in offensichtlicher Tötungsabsicht angegriffen und zwei davon schwer verletzt hat, mag zu sechs Jahren Haft verurteilt worden sein. Aber da eine großzügige Bonner Staatsanwältin seine Anklage ohne plausible Begründung von versuchtem Mord auf gefährliche Körperverletzung reduziert hat, wurde er nicht mit den 10 oder 12 Jahren Haft bestraft, die einem mehrfachen versuchten Polizisten-Mord angemessen gewesen wären. Und jene Salafisten, die Polizisten mit Steinen beworfen haben, sind überwiegend mit lächerlichen „Freiheitsstrafen auf Bewährung“ aus den Bonner Gerichtssälen hinausspaziert.

Auch die Tatsache, dass die Salafisten keinerlei Reue gezeigt haben, sondern in ihren Verfahren auch noch dreist betont haben, dass sie weder die Autorität deutscher Polizei, noch die der deutschen Justiz anerkennen, hat nicht zu härterer Bestrafung geführt. Im Gegenteil: Erst vor wenigen Wochen hat der Bonner Oberstaatsanwalt Fred Apostel lobend hervorgehoben,

dass die Salafisten, obwohl sie die deutsche Justiz gar nicht anerkennen, ihre „Bewährungsstrafen“ ohne weitere Randalie akzeptiert haben (PI berichtete). Man muss weder selber ein Häkelmützchen auf dem Kopf haben, noch jemals deutsche Polizisten mit Steinen beworfen haben, um zu begreifen, dass die Herren Salafisten das Handeln der Bonner Justiz und insbesondere die Aussagen von Oberstaatsanwalt Apostel als devote Form der Kapitulation entgegengenommen haben dürften. Und medial wurden die Salafisten ebenfalls nicht bestraft: Die Berichterstattung der deutschen Presse, welche die Schuld für die Salafisten-Krawalle stets bei den „Provokationen“ Pro NRW, aber niemals bei den Salafisten selber verortet hat, war nichts anderes als der mediale Freispruch für die Salafisten.

Die Salafisten haben ihr Territorium erfolgreich verteidigt

Auch gilt es zu verstehen, dass Salafisten und andere radikale Bonner Muslime das Gelände vor und um die König-Fahd-Akademie als ihr Territorium betrachten, auf dem „Kuffar“ – einschließlich deutscher Polizisten – nichts zu suchen und schon gar nichts zu melden haben. Und wenn Pro NRW, um nicht zu provozieren, am Sonntag in der Godesberger Innenstadt der letztjährigen Salafisten-Krawalle erinnern will, dann bedeutet das für die Salafisten, dass sie ihr Territorium erfolgreich verteidigt haben. Lediglich die Anwesenheit deutscher Polizisten vor der König-Fahd-Akademie könnte von den Salafisten als „Provokation“ und somit als Anlass zu neuer Gewalt verstanden werden. Aber solange die Polizei in der Godesberger Innenstadt präsent und gebunden ist, sind die territorialen Ansprüche der Salafisten nicht in Frage gestellt.

Und natürlich darf man nicht vergessen, dass ein fragwürdiges „gegen Rechts“-Bündnis (= Links-Bündnis), der Bonner SPD-OB Jürgen Nimptsch und jetzt auch die Bonner Polizeipräsidentin den Salafisten stereotyp die Botschaft senden, dass sie sich gegen Pro NRW und damit indirekt auf die Seite der Salafisten stellen. Verbündete zu haben dürfte für Salafisten ebenfalls

kein Grund zur Gewalt sein.

Somit kann man bereits jetzt feststellen, dass die Salafisten – aus deren Perspektive betrachtet – die Erfahrung gemacht haben, dass ihre letztjährige brutale Gewalt gegen Polizisten eindrucksvoll belohnt, ihnen Verbündete gebracht, aber nicht ernsthaft bestraft wurde. Natürlich kann niemand vorhersagen, was am nächsten Sonntag tatsächlich passieren wird. Aber wenn Salafisten die Erfahrung machen, dass ihre brutalen Angriffe auf Polizisten belohnt werden, dann fühlen sie sich als Sieger. Und als Sieger haben sie keinen Grund mehr, die Polizei am ersten Jahrestag ihrer brutalen Krawalle erneut anzugreifen. Wir wären nicht überrascht, wenn die Salafisten diesen Sieg am nächsten Sonntag vor der König-Fahd-Akademie entsprechend feiern würden – während die Polizei in der Godesberger Innenstadt mit dem, was ihre Präsidentin als „friedlichen Protest eines bürgerlichen Bündnisses“ bezeichnet, alle Hände voll zu tun hat.

Simon Faddoul, Caritas Libanon, zu Syrien

Es ist immer zehnmal besser, den Leuten vor Ort zuzuhören, welche auch die Landessprachen beherrschen, als den Sesselpupsern in unserer Presse oder beim unfähigen Auswärtigen Amt. Der Präsident der Caritas Libanon, Simon Faddoul, sprach mit dem weltweit tätigen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ über Syrien. Auszug:

... Man kann nicht gerade sagen, dass die Menschen dort ihr Leben genießen. Wir hören von Misshandlungen durch Rebellengruppen. In manchen Regionen sind islamistische

Gruppierungen an der Macht, die von der christlichen Bevölkerung „Dschizya“ verlangen – das ist eine Zwangssteuer für „Ungläubige“, eine Art „Schutzgeld“. Die Christen und alle anderen Nicht-Muslime sind in diesen Regionen heute Bürger zweiter Klasse. Ein Bischof sagte mir, dass er Geld von den Wohlhabenden sammelt, um das Leben der ärmeren Christen zu retten. Das alles ist sehr traurig..

Ich sehe ehrlich gesagt ziemlich schwarz. In Syrien setzt sich ein Dominoeffekt fort, der bereits im Irak, in Libyen und in Ägypten stattgefunden hat, und von dem ich hoffe, dass er nicht auch noch auf Jordanien und den Persischen Golf übergreift. Ich glaube, dass irgendjemand da draußen die Landkarte des Nahen Ostens ohne Rücksicht auf Menschenleben und Schicksale neu zeichnet..

Ich weiß nicht, wem oder was das dienen soll. Ich kenne die Motive nicht, die dahinterstecken. Vielleicht geschieht es, um einige Nachbarländer zu entlasten. Vielleicht, um die Region von seinen Minderheiten und insbesondere von seinen Christen zu säubern. Ich weiß es nicht, denn ich bin kein Politiker. Ich möchte hier keine Hypothesen ohne Faktengrundlage aufstellen.

Aber was ich feststellen muss, ist, dass wir Christen die größten Verlierer und Sündenböcke dieser ganzen Entwicklung im Nahen Osten sind. Solange die westlichen Mächte das nicht wahrhaben wollen und weiter ihre eigenen Interessen verfolgen, statt die Bedürfnisse der Menschen unserer Region an die erste Stelle zu setzen, kommen wir nicht weiter.

Das Engagement des Westens im Nahen und Mittleren Osten ist widersprüchlich. Auf der einen Seite wollen sie Demokratien fördern, aber auf der anderen Seite unterstützen sie Theokratien. Auf der einen Seite predigen sie den Laizismus und die Trennung von Staat und Religion. Aber auf der anderen Seite unterstützen sie Länder, deren Staatsreligion der Islam ist. Warum ist das so? Das können wir im Nahen und Mittleren

Osten nicht verstehen. Ich sage Ihnen: Amerika und Europa halten die Zukunft der ganzen Welt in ihren Händen. Was machen Sie mit dieser Verantwortung?

(Das ganze Interview lesen Sie hier!)



BPE - Kundgebung gegen Moscheebau in Pfaffenhofen – Bürgerbegehren in Vorbereitung



Die Bürgerbewegung Pax Europa veranstaltete am Samstag eine Kundgebung in Pfaffenhofen, da dort ein DITIB-Islamzentrum gebaut werden soll, ohne dass die Bürger gefragt werden. Vorletzten Samstag hatten uns besorgte Pfaffenhofener Bürger bei der FREIHEIT-Veranstaltung am Münchner Stachus besucht, um uns die

Situation vor Ort zu schildern: Nicht einmal die direkten Anwohner seien über das Moschee-Projekt informiert worden. Der Zuspruch der Bürger vor Ort war groß, obwohl sämtliche etablierten Parteien Protestveranstaltungen organisierten. Auf dem Foto oben sind Pfaffenhofener bei der BPE-Kundgebung zu sehen, die sich ein Bürgerbegehren gegen den DITIB-Moscheebau in ihrem Ort wünschen.

(Von Michael Stürzenberger)

Seitens der Stadt und des Landratsamtes hatte man im Vorfeld alles versucht, um die islamkritische Kundgebung möglichst klein zu halten: Wir durften nicht auf den Marktplatz, da dort alles bereits belegt sei und mussten mit einem Platz etwa 150 Meter entfernt vorlieb nehmen. Die Gegenkundgebung der etablierten Parteien hingegen fand auf dem Marktplatz statt, obwohl die sich naturgemäß erst nach uns anmelden konnten. Außerdem wurde uns der Megaphon-Einsatz untersagt.

Hier das Video über die BPE-Kundgebung am Samstag:

Der Donaukurier war am Samstag vor Ort und berichtet unter der Überschrift „Die Frage nach der Toleranz“:

Der geplante Moschee-Bau in der Hohenwarter Straße polarisiert. Beim Protest von Pax Europa und der „bunten“ Gegenaktion der Pfaffenhofener Lokalpolitiker auf dem Hauptplatz ernteten beide Seiten viel Resonanz. Und das Wichtigste: Das Fernduell verlief vollkommen friedlich.

Die freundliche, aber unübersehbare Präsenz der Polizei hat wohl ihren Teil dazu beigetragen, dass es zu keinerlei Ausschreitungen oder unschönen Begegnungen kam. Michael Stürzenberger, der Landesvorsitzende der Bürgerbewegung Pax Europa, agitierte mit seinen Mitstreitern am oberen Hauptmarkt gegenüber dem Landratsamt gegen den Islam im Allgemeinen und gegen den Moscheebau an der Hohenwarter Straße im Speziellen. Und die Vertreter von CSU, SPD, Freien

Wählern, Grünen, Linken, ÖDP und Piraten versammelten sich mit Infoständen vor dem Rathaus – unter dem gemeinsamen Schlagwort „Pfaffenhofen ist bunt“. Um, wie es hieß, „für Demokratie und Toleranz“ zu werben; und um klarzustellen, dass Pfaffenhofen „kein Ort für braune Parolen“ sei.

Eine schwül-warme Luft lag am Samstagvormittag über der Innenstadt. Die Sonne schien, der Wochenmarkt war gut besucht. Und ein derart freundliches Miteinander der lokalen Politprominenz über alle Parteigrenzen hinweg kommt vielleicht auch nicht so schnell wieder vor. Man hilft sich sogar gegenseitig beim Aufbau von Stehtischen und Sonnenschirmen, geht einander beim Füllen der Gasballons zur Hand, bietet sich auch mal eine Zigarette an. Sogar die Aussagen der Kommunalpolitiker ähneln einander: dass man „Gesicht zeigen“ müsse, und sich „an der Seite der muslimischen Mitbürger“ sehe. Der Wahlkampf hat Pause in der Kreisstadt, Harmonie herrscht zwischen den Lagern.

Doch es gibt einen Gegner. Einen Gemeinsamen. Und er ist nur etwa 150 Meter entfernt, gleich hinter Gemüsehändlern und Käseverkäufern – und deshalb von den demokratischen Parteien aus nicht so gut zu erkennen. Michael Stürzenberger macht so was nicht zum ersten Mal. Er mag ein Populist und Hetzer sein, aber das tut er höchst professionell: viel lächeln, viel reden ohne Schaum vor dem Mund, mit jeder Menge Zahlen und Daten – ob diese stimmen, sei mal dahingestellt. Als eine Gruppe junger Leute, die der Aufdruck ihrer T-Shirts als „Antifaschisten“ ausweist, dem Reporter nahelegen wollen, seine Recherche und die Berichterstattung einzustellen, weist ausgerechnet Stürzenbacher sie mit Nachdruck auf die Pressefreiheit hin.

Vielleicht ist dieser Vormittag auch ein Indikator für die Toleranz und die Aufnahmefähigkeit der Pfaffenhofener Gesellschaft. Es zeigen sich wohl auch die unterschiedlichen Facetten der Meinungen und Stimmungen in der Stadt. Denn wiewohl die Stände der demokratischen Parteien von

zahlreichen Marktbesuchern und Passanten frequentiert werden, viele Menschen lautstark ihre Verbundenheit mit den Muslimen bekunden und deren Recht auf den Bau eines Gotteshauses mit Nachdruck bejahen – so steht doch auch Stürzenberger keineswegs allein auf weiter Flur. Auch er wird immer wieder von ganz normalen Bürgern umdrängt, die das Gespräch mit ihm suchen, interessiert Nachfragen stellen und zu seinen Thesen zufrieden nicken.

„Moscheen gehören einfach nicht nach Bayern, hier sind wir eben katholisch“, fordern etwa die beiden Marktfrauen Walburga Klein aus Gerolsbach und Susi Seitz aus Pfaffenhofen. „In islamischen Ländern werden Christen verfolgt, sogar ermordet. Dazu höre ich aber nichts von den Pfaffenhofener Muslimen. Wie schaut es denn mit deren Toleranz aus“ Das mag für manche platt und polemisch klingen, es sind aber beileibe keine Einzelmeinungen. Die beiden älteren Damen sind nur die einzigen, die den Mut finden, sich mit ihren Ansichten auch in der Zeitung zitieren zu lassen.

Johann Koppenwallner etwa, der Initiator der Protestaktion aus der Hohenwarter Straße, mag sich nicht mehr öffentlich äußern. „Schwer enttäuscht“, sei er von der Presse, knurrt er auf die Bitte für ein kurzes Statement gegenüber unserer Zeitung. Was er danach allerdings ziemlich unverständlich vor sich hin brummt, war wohl arg unter der Gürtellinie. Jedenfalls zieht ihn seine Frau, die es offenbar sehr gut verstanden hat, mit erschrockenem Gesichtsausdruck rasch weg vom Geschehen.

Hier der gesamte Artikel des Donaukuriers. Auch das Bayerische Fernsehen hat eine kurze TV-Reportage gesendet. Ein Bürgerbegehren ist mittlerweile in Vorbereitung.

(Kamera & Videoschnitt: Manfred Schwaller)



International = Muslimisch!



In meinem Viertel gab es früher viele Deutsche, und so gab es auch einen „Tante-Emma-Laden“. Das war einmal vor langer Zeit. Heute ist mein Viertel „multikulturell und weltoffen“, und so gibt es stattdessen einen „Internationalen Lebensmittelmarkt“. Aber geht es hier wirklich international zu? Das will ich einmal testen.

(Von Verena B., Bonn)

Zielgenau steuere ich auf die Fleischtheke zu, und sofort fällt mein Blick auf ein Riesenplakat an der hinteren Wand, auf dem eine Moschee abgebildet ist. Aha! Ich kümmerge mich nicht drum und verlange dreist: „Ein Schweineschnitzel bitte.“ „Haben nicht.“ So, so, scheint ausgegangen zu sein. „Dann bitte Schweinesülze!!“ „Gibt nicht.“ „Speck?“ „Was?“ Speck!!! Türk gucken fragend zu deutsch Kolleg. Kolleg: „Nein.“ Ich bin sauer, denn ich brauche diese Sachen und habe keine Zeit, den weiten Weg zum nächsten deutschen Lebensmittelmarkt zu machen. Laut: „Gibt es hier nur halal, grausam geschächtetes Fleisch?“ „Ja!“ Verdammte Hacke!

Ich noch lauter: „Wo kommt dieses Fleisch her? In Deutschland ist grausames Schächten nämlich verboten!“ Türk nix verstehen, fragen wieder deutsch Kolleg. Kolleg: „Das kommt aus Belgien“

und Holland.“ Ich brabbele laut etwas Kulturunsensibles vor mich hin, was ich hier nicht näher erläutern möchte. Wütender Kommentar einer Dame mit eingewickeltem Kopf: „Warum du kaufen hier?“ Ja, Frau Mohammed, du sehen doch: Ich nix kaufen hier! Gar nix! Dann gibt's bei mir heute eben Griesbrei mit Himbeersaft. Schmeckt auch gut!



Mutterland des Islams: Christentum verboten



Saudi-Arabien ist die Geburtsstätte des Islams. Dort führte der „Prophet“ Mohammed zahllose Kriege, raubte und eroberte, bis alle Menschen dort seine „Religion“ angenommen hatten. Der Moslemanteil dort beträgt auch heutzutage nahezu 100%, bis auf die christlichen Sklaven-Gastarbeiter. Es ist bekanntlich Pflicht für jeden Moslem, mindestens einmal in seinem Leben zur Kaaba nach Mekka zu pilgern, und daher dürften die meisten Rechtgläubigen zu Saudi-Arabien eine tiefe Verbindung haben. Wie „tolerant“ diese Herrschafts-Ideologie in seinem Heimatland ist, beweist ein aktuelles Urteil des saudischen

Justizministers Mohammed al-Issa, der das Verbot des Baus von Gotteshäusern anderer Religionen bestätigte. Weiterhin sind die Einfuhr von Bibeln, das Tragen christlicher Symbole und das Abhalten von Gottesdiensten strengstens untersagt.

(Von Michael Stürzenberger)

Nicht-Moslems wird der Zugang nach Mekka verweigert, schließlich gelten sie laut Islam als unrein und weniger wert als Tiere:



Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach (CDU), formulierte es absolut zutreffend:

„Wenn man wissen möchte, wie der Islam ist, muss man sich die Länder ansehen, in denen er die Macht hat“

Der Merkur bestätigt Bosbachs Einschätzung eindrucksvoll mit seinem aktuellen Artikel „Kirchen bleiben verboten,“. In Saudi-Arabien schlägt das Herz des Islams, und dort kann man die Intoleranz und den alleinigen totalitären Herrschaftsanspruch dieser politischen Ideologie im Mäntelchen einer Religion anschaulich begutachten. Kein Wunder, dass die Landesflagge des Islam-Mutterlandes mit einem Schwert versehen ist. Schließlich pflügte sich der Islam ab 632 n.Chr von Saudi-Arabien aus mit Schwertern durch 56 christliche,

hinduistische, buddhistische und jüdische Länder, um dort seine Schreckensherrschaft zu errichten:



Absolut passend das Zitat, das der letzte Papst Benedikt XVI in seiner Regensburger Rede 2006 vom byzantinischen Kaiser Manuel II vortrug:

Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, daß er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten“

Während das Diskriminieren, Verfolgen und Morden von Christen in islamischen Ländern Jahr für Jahr fortschreitet, fordern sie bei uns Islamzentren, Moscheebauten, Islamunterricht und Sonderregeln für Moslems in allen Lebensbereichen. Wenn irgend etwas davon mal nicht erfüllt werden sollte, beschweren sie sich sofort und lautstark über „Islamophobie“, den Kampfbegriff des Ayatollah Khomeini. Unsere Politiker machen diese irre Schmierenskomödie widerspruchslos mit, weil sie vor der Finanzmacht der arabischen Welt und dem latenten Gewaltpotential moslemischer Fanatiker bereits kapituliert haben. Es ist einfach nur noch erbärmlich..

(Spürnase: Calimero)

Gewalt-Einzelfälle™ in München und Bielefeld

Zu Bereicherungen durch Täter aus dem sagenhaften „Südland“ kam es diese Tage in München und Bielefeld. Auf dem Münchner Frühlingsfest wurde einem 28-Jährigen von vier „Südländern“ völlig grundlos der Kiefer gebrochen, in dem man auf ihn noch eintrat, als der Versicherungstechniker schon am Boden lag. Es berichten die Abendzeitung und die Tageszeitung.

Das Opfer der brutalen Prügel-Attacke lag am Freitagabend auf der Theresienwiese in der Rettungsgasse auf Höhe der Toiletten. Der Münchner kam ins Krankenhaus. Dort stellten die Ärzte bei ihm eine Fraktur des Unterkiefers fest. Aufgrund seiner Verletzungen konnte der Techniker bisher nicht von der Polizei befragt werden.

Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen wurde auf den 28-Jährigen eingetreten. Laut einem Polizeisprecher lag er auf allen Vieren auf dem Boden, als man ihm ins Gesicht trat.

Offenbar gab es vor der Schlägerei keinen Streit zwischen dem Opfer und den Angreifern. Der 28-Jährige war laut Polizei auch nicht betrunken. Das Motiv für die Attacke ist noch unklar. Die Angreifer sind um die 20 Jahre, vermutlich Südländer.

Im westfälischen Bielefeld wurden zwei 17- und 18-jährige Jugendliche ins Krankenhaus geprügelt, weil sie eine Mitfahrerin in der Stadtbahn nach der Fahrtrichtung fragten. Das passte dem südländischen Cousin der Angesprochenen nicht. Er telefonierte Verstärkung herbei, die dann auf die beiden Männer einschlug. Die Bielefelder Polizei berichtet in ihrer

Pressemitteilung:

25.04.2013 | 15:39 Uhr

POL-BI: Schlägerei an Stadtbahnhaltestelle

Bielefeld (ots) – RI/ Bielefeld Mitte- Bereits am Montag, den 22.04., gegen 19.45 Uhr, kam es auf der Detmolder Straße, an der Stadtbahn Haltestelle August-Bebel-Straße, zu einer Schlägerei zwischen mehreren Personen. Zwei 17- und 18-jährige Männer wollten mit der Stadtbahn vom Bethelack zum Rathaus fahren. Die benutzte Bahn fuhr in Richtung Sieker. Als sie eine junge Mitfahrerin fragten, warum die Bahn nicht Richtung Rathaus fuhr, mischte sich ein 18-jähriger Südländer ein, der sich verbat, dass seine Cousine angesprochen würde. An der Haltestelle August-Bebel-Straße verließen die Männer die Stadtbahn. Zeitgleich hielt ein Pkw neben der Haltestelle und zwei weitere Südländer begannen nun auf die 17- und 18-jährigen Männer einzuschlagen. Einer der Schläger trug ein gelbes Shirt. Bei dem Pkw soll es sich um einen Sharan oder Galaxy handeln. Alle Schläger flüchteten anschließend mit dem Auto in Richtung Sieker. Die beiden jungen Männer wurden so stark verletzt, dass sie stationär in ein Bielefelder Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Hinweise zu dem Vorfall bitte an die Polizei in Bielefeld, KK 14, Telefon 0521/ 545-0.

Rückfragen bitte an:

Polizeipräsidium Bielefeld

Kurt-Schumacher-Str. 46

33615 Bielefeld

Und nicht vergessen, liebe Leser: Das sind alles Einzelfälle™, die rein gar nichts mit der höheren Gewaltbereitschaft bestimmter Migrantengruppen zu tun hat...

Video: Evangelisches „Flöten gegen Rechts“

✘ Der aktionistische Terror, den Linke und Moslems bei den Kundgebungen der FREIHEIT in München veranstalten, wird immer abartiger. Deren Menschenverachtung ist zudem grenzenlos: Die bestens genährte extreme Linke beispielsweise goutiert den geplanten Sprengstoffanschlag von vier Moslems auf den friedlichen Politiker Markus Beisicht mit „Einer weniger“. Einige Moslems plärren permanent unqualifiziert, beleidigend und dämlich dazwischen, ohne faktisch auch nur das Geringste entgegenhalten zu können. Mittendrin in dem üblen Haufen: Eine Blockflötengruppe plus Chor der evangelischen Kirche München unter dem Motto „Flöten gegen Rechts“. Was für eine „heldenhafte“ Zivilcourage“!

(Von Michael Stürzenberger)

Am Samstag kamen wir uns vor wie im Film „Einer flog übers Kuckucksnest“, als ob die geschlossene Anstalt in Haar einen Ausflug nach Schwabing gemacht hätte. Früher sprangen Linksverdrehte wie Beklopfte in Hühnerkostümen herum, jetzt haben sie Quietsch-Hühnchen, mit denen sie den Sprechern der FREIHEIT ständig vor dem Mikrofon herumfuchteln. Diese Szenen glaubt man nicht, wenn man sie nicht selber miterlebt hat:



Wir wurden auf dem Münchner Hohenzollernplatz nicht nur mit dem absoluten Bodensatz der menschlichen Gesellschaft, sondern bei nicht wenigen mit dessen tiefsten Untergrund konfrontiert:

Im zweiten Video kann man sehen, wie hysterisch türkischstämmige Mosleminnen reagieren, wenn der Völkermord an den 1,5 Millionen christlichen Armeniern thematisiert wird, dessen Beginn sich vergangenen Mittwoch zum 98. Mal jährte und der von der Türkei weiterhin hartnäckig geleugnet wird:

Wolfgang, der uns seit Monaten bei unseren Kundgebungen unterstützt, war 1980 Gründungsmitglied der Grünen. Seiner Meinung nach hat diese Partei mittlerweile die meisten Ideale von damals verraten, so dass er letzte Woche völlig enttäuscht austrat. Jetzt überlegt er, bei der FREIHEIT auch offiziell mitzumischen. Er bestätigt – wie auch unser Beirat Christian Holz, der von den Linken zu uns wechselte und alle anderen unserer Mitglieder – dass wir in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft stehen, eine Partei des gesunden Menschenverstandes sind und der politische Kampfbegriff „Rechtspopulisten“ an uns abprallt wie Regenwasser an einer Windschutzscheibe bei Tempo 200:

Das Highlight der völligen Realitätsferne geistig verwirrten Gutmenschentums stellte am Samstag das „Flöten gegen Rechts“

dar, organisiert von der Stadtdekanin Barbara Kittelberger der „glorreichen“ evangelischen Kirche München, die lieber Imame in ihren Kirchen predigen lässt und sachlich argumentierende Islam-Aufklärer bekämpft, als selber den eigenen Verstand zu bemühen, die Augen aufzumachen und die fürchterlichen Verhältnisse in den Ländern anzuprangern, in denen der Islam herrscht. Bodenlose Heuchler, die in ihrer ganzen vertrottelten Naivität einen Verrat an den 100.000 Christen begehen, die jedes Jahr in islamischen Ländern von Moslems getötet werden – nur, weil sie Christen sind:

Ignorieren der Tatsachen, grenzenlose Unwissenheit, verlogene Doppelmoral, Naivität im Endstadium – „Flöten gegen Rechts“
Teil 2:

„Flöten gegen Rechts“ Teil 3:

Kontakt zum Evangelisch-Lutherischen Dekanat München:

» dekanat-muc@elkb.de

(Kamera: Calimero & Lupo Schäferhund)

Neues Verfahren gegen Beate Zschäpe

Parallel zum bevorstehenden Münchener NSU-Prozess, ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Erfurt gegen Beate Zschäpe. Dabei geht es um einen Vorfall am Silvesterabend 1996, an dem das NSU-Trio auf zwei Männer schoss. So der Tagesspiegel unverschämterweise im Indikativ, obwohl gar nichts feststeht.

Es laufen vage Ermittlungen. Wenn zehn Morde vor Gericht in München wegen Mangels an Beweisen keine Verurteilung bringen, soll es wohl diese Luftnummer in Erfurt. Heute ist das Losverfahren, was die Plätze der Presse im NSU-Prozeß angeht. Da wird wieder Heulen und Zähneknirschen sein.



Verfassungsschutz: Maaßen wird maßlos

Eigentlich sollte er als oberster Hüter des deutschen Grundgesetzes unsere Demokratie beschützen: Hans-Georg Maaßen (Foto), gelernter Jurist und seit 1. August 2012 Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Doch Maaßen fällt mehr durch Verbeugungen vor dem Zeitgeist und unsaubere Arbeitsweise auf, denn durch Wahrnehmung seiner Aufgaben. Unwissenschaftliche Kampfbegriffe wie „rechtspopulistisch“ gehen dem 50-Jährigen dabei ebenso leicht über die Lippen wie falsche Sachverhaltsdarstellungen.

Die Ausschreitungen durch islamische Fundamentalisten vergangenes Jahr in Bonn lügt Maaßen im Interview mit der ‚Welt‘ dreist in „schwere Krawalle in Bonn zwischen Salafisten und rechtspopulistischen Islamkritikern wie der Partei „Pro NRW“ um. Diese falsche Darstellung wiederholt der Verfassungsschutz-Chef im weiteren Gesprächsverlauf mehrfach und meint gar eine „Gewalteskalation zwischen Salafisten und

rechtspopulistischen Islamhassern“ ausgemacht zu haben. Dass nach den Ausschreitungen in Bonn kein einziger Islamkritiker vor Gericht gestanden hat, dafür aber eine ganze Reihe radikaler Moslems wegen Gewalttaten verurteilt worden ist – nebbich. Was kümmern einen islamophilen Ideologen wie Hans-Georg Maaßen schon Fakten?

Der Nachrichtendienstler entblödet sich sogar nicht, dieselbe Falschbehauptung auch noch ein drittes Mal zu wiederholen. Maaßen:

*Wir beobachten eine intensive Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Extremismusbereichen. Auf der einen Seite eine regelmäßig eskalierende Gewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten: Provokationen und Gegenaktionen können sich zu Gewaltexzessen aufschaukeln. **Hinzu kommt spätestens seit den Ausschreitungen in Bonn im Mai 2012 die Gewalteskalation zwischen Salafisten und rechtspopulistischen Islamhassern.***

Abgerundet wird derartige Inkompetenz durch die Verwendung linker Propagandavokabeln wie „rechtspopulistisch“. Die Extremismustheorie – nach welcher der Verfassungsschutz arbeitet – kennt zwar die Begriffe „linksradikal“ und „rechtsradikal“ als Beschreibung von Positionen, welche zwar inhaltlich radikal, aber nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind. Auch die Umschreibungen „linksextrem“ und „rechtsextrem“ als dezidiert gegen diese Ordnung gerichtete Einstellungen sind ihr geläufig. Der Begriff „rechtspopulistisch“ kommt hingegen ausschließlich in linken Publikationen zur Diffamierung politischer Gegner vor und ist extremismuspolitisch wertlos. Maaßen, setzen, sechs!

Dortmund: Gesinnungsbonus für Linksradi kale

☒ Über Stunden hatte die Linksextremistin Cécile Lecomte vergangenes Jahr in Münster durch eine Abseilaktion (Foto) den Bootstransport von zwei Dampferzeugern aus einem ehemaligen Kernkraftwerk sowie weiteren Schiffsverkehr blockiert. Vor Gericht landete sie gleichwohl nicht wegen einer Straftat wie etwa Nötigung, sondern lediglich wegen diverser Ordnungswidrigkeiten. Und auch vom ursprünglichen Bußgeld blieb am Ende nur noch ein symbolischer Betrag über: Anstatt den zunächst veranschlagten 165 Euro muss Lecomte nun ganze 20 Euro zahlen.

Die „Münstersche Zeitung“ berichtet:

MÜNSTER/DORTMUND Nicht gewonnen, aber schon gar nicht verloren: Am dritten Verhandlungstag ist vor dem Dortmunder Schifffahrtsgericht das Verfahren gegen die bekannte Kletteraktivistin Cecile Lecomte zu Ende gegangen. Sie muss eine symbolische Geldbuße von 20 Euro zahlen.

Es geschah an einem warmen Tag im Mai 2012. Auf dem Dortmund-Ems-Kanal ging ein Schiff mit Atommüll auf große Fahrt, als sich Cecile Lecomte, die sich selbst „Eichhörnchen“ nennt, und ein Freund von der Brücke an der Wolbecker Straße abseilten, um ein Transparent zu enthüllen. Die Folgen waren gravierend: Das Schiff stoppte, der komplette Verkehr auf dem Kanal ruhte für mehrere Stunden.

Wegen dieser „grob ungehörigen Handlung“ und der „verbotenen Benutzung einer Schifffahrtsanlage“ sollten Lecomte und ihr Freund eigentlich Geldbußen von je 165 Euro zahlen. Dagegen hatten sie sich jedoch bis zuletzt vehement gewehrt. Immer wieder wiesen sie vor Gericht auf die politische Dimension ihres Protests hin – und vor allem darauf, dass doch

eigentlich gar nichts passiert, weil alles gewaltfrei abgelaufen sei.

Genau dies hielt ihnen der Richter letztendlich auch zugute. Und weil die Polizei die „Versammlung“ seinerzeit außerdem nicht ordnungsgemäß aufgelöst habe, wurden die Geldbußen drastisch reduziert – auf 20 beziehungsweise zehn Euro. Auf Null wollte der Richter nicht gehen. Eine symbolische Strafe – und sei sie auch noch so klein – müsse einfach sein.

Cecile Lecomte und ihr Mitstreiter haben nun allerdings noch die Gelegenheit, gegen die Entscheidung Einspruch einzulegen. Dann müsste sich auch noch das Oberlandesgericht in Hamm mit dem Fall befassen.

Mit der richtigen Gesinnung kann man sich in Deutschland eben alles erlauben...